

Grußwort des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS)

Die Fachtagung „Vernetzung – Macht – Gesundheit“ greift ein nicht nur für die Gesundheitspolitik wichtiges Thema auf. Alle, die politische Verantwortung tragen, stehen vor der großen Herausforderung, Lösungsansätze für das Problem sozialer Benachteiligung zu finden. Dies ist aber nicht nur die Aufgabe einzelner Politikbereiche wie z. B. der Gesundheitspolitik, es müssen hier vielmehr alle Politikbereiche in Bund, Ländern und Gemeinden an einem Strang ziehen.

Leider sind wir in Deutschland und in den meisten anderen Ländern noch weit von einer Chancengleichheit oder -gerechtigkeit entfernt. Eine der wesentlichen Ursachen sozialer Ungleichheit ist die ungleiche Verteilung von materiellen Gütern, die Auswirkungen auf die Wohnverhältnisse, den Zugang zu Bildung und Kultur, auf die Ernährung und das Gesundheitsverhalten hat. Eine zentrale Aufgabe ist daher die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, wodurch auch die sozialen Hilfssysteme entlastet werden könnten.

Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Einkommen bzw. sozialer Schicht ist für Deutschland vielfach belegt. So ist z.B. nachgewiesen, dass die Lebenserwartung von Menschen mit geringem Einkommen um sieben Jahre geringer ist als die von Menschen mit höherem Einkommen. Besonders bedrückend ist, dass Kinder und Jugendliche in hoher Zahl zur Armutsbevölkerung gehören und damit erheblichen Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt sind. In Deutschland leben rund eine Million Kinder von der Sozialhilfe. Soziale Benachteiligungen wirken sich besonders nachhaltig auf die physische und psychische Gesundheit und Entwicklung dieser Kinder aus. Viele Eltern und Erziehungsberechtigte sind aufgrund vielfältiger belastender Faktoren nicht mehr imstande, gesundheitsfördernde Ziele sowohl für sich selbst als für ihre Kinder in ausreichendem Maße zu verfolgen. Die Kinder- und Jugendhilfe hat hier eine wichtige zusätzliche Aufgabe, sie muss die Gesundheitsförderung stärker als bisher in ihre Arbeitsfelder einbeziehen.

Trotz erheblicher Verbesserungen der Lebensbedingungen und der medizinischen Versorgung haben weniger privilegierte Kinder und Jugendliche immer noch große Gesundheitsprobleme. Das äußert sich u.a. in folgenden Tatsachen:

- die Säuglingssterblichkeit ist in Familien

- mit sozialen Benachteiligungen höher,
- die Zahl der untergewichtigen Neugeborenen ist höher,
- es sterben mehr Kinder an plötzlichem Kindstod,
- Kinder aus Familien mit sozialen Benachteiligungen nehmen seltener an Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen teil,
- sie nehmen weniger Präventionsangebote wahr,
- sie haben ein höheres Risiko, Ängste, Depressionen, Aggressionen, Süchte und körperliche Beschwerden zu entwickeln und von den Eltern vernachlässigt zu werden,
- sie weisen schlechtere Durchimpfungsraten auf,
- ihre Zahngesundheit ist schlechter,
- sie leiden häufiger an Übergewicht und betätigen sich weniger sportlich,
- sie rauchen mehr,
- sie haben ein höheres Unfallrisiko.

Diese Erkenntnisse lassen sich derzeit nur aus Einzelstudien z.B. der Länder ermitteln. Bisher gab es in Deutschland keine bundesweite repräsentative Untersuchung über den Gesundheitszustand und das Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen. Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) hat deshalb gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen bundesweiten Survey für Kinder und Jugendliche initiiert, um Gesundheitsrisiken zu identifizieren und die Grundlagen für gezielte gesundheitspolitische – vor allem präventive – Maßnahmen zu verbessern. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Verknüpfung der Daten mit der sozialen Lage. Auch wird zum ersten Mal versucht, Menschen mit Migrationshintergrund in die Datenerhebung einzubeziehen. Nach einer Pilot-Phase werden jetzt vergleichbare umfassende Daten zur gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen vom Robert Koch-Institut erhoben. Die Daten werden durch Befragung der Eltern, der Kinder und Jugendlichen, durch ein ärztliches Interview sowie durch körperliche Untersuchungen erfasst.

Wie der von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) geschaffene Überblick über nationale und internationale Projekte zur Gesundheitsförderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zeigt, gibt es auch in Deutschland zahlreiche gute Ansätze und Projekte. Defizite bestehen hier jedoch insbesondere bei der Vernetzung, Koordinierung, bei der Qualitätssicherung und der Nachhaltigkeit. Diese Tagung trägt sicher dazu bei, dass Verbesserungen angestoßen werden.

Die geschilderten Probleme sozialer Benach-

teilung im Zusammenhang mit der Besorgnis erregenden demographischen Entwicklung, einer wachsenden Zahl chronischer Erkrankungen machen eine grundsätzliche Neuausrichtung des Gesundheitswesens und anderer gesellschaftlicher Bereiche erforderlich. Ein Paradigmenwechsel weg von der reinen „Reparaturmedizin“ hin zu einer ganzheitlichen Medizin mit Prävention und Gesundheitsförderung ist überfällig. Um das deutsche Gesundheitswesen auch im 21. Jahrhundert leistungsfähig zu halten, müssen deshalb Prävention und Gesundheitsförderung aufgewertet und ausgebaut werden, denn die kurative Medizin wird es nicht alleine schaffen, die zunehmende Krankheitslast zu bewältigen. Die Chancen, die die Prävention zur Erhaltung der Gesundheit und zur Verhütung von Krankheiten, insbesondere chronischen Erkrankungen, bietet, müssen genutzt werden, denn Präventions-, Gesundheitsschutz- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen sind Zukunftsinvestitionen in die Gesundheit unserer Bevölkerung.

Das nunmehr neu strukturierte Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung hat dem Thema Prävention und Gesundheitsförderung größte Bedeutung zugemessen und entwickelt Strategien und Konzepte zur grundlegenden und nachhaltigen Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland. Dieses Ziel wurde von der Bundesregierung ausdrücklich in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Prävention soll demnach eine eigenständige Säule neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege werden.

Teil der Strategie ist die Erarbeitung und Verabschiedung eines Präventionsgesetzes. Dazu wurden vom BMGS zwei Expertisen vergeben, die die bestehenden Regelungen zur Prävention einmal aus juristischer und einmal aus sozialmedizinischer Sicht beleuchten und Verbesserungsvorschläge machen. Derzeit werden im BMGS Eckpunkte für ein Präventionsgesetz entwickelt. Es ist vorgesehen, ein eigenständiges Sozialgesetzbuch zu schaffen (evtl. SGB II). Ziel ist es, die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern, Lebensqualität, Mobilität und Leistungsfähigkeit zu sichern und die Kosten im Gesundheitswesen zu stabilisieren. U.a. sind verpflichtende Kooperationen der Akteure und Kostenträger sowie verpflichtende qualitätssichernde Maßnahmen vorgesehen.

Ein Meilenstein für die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung war ohne Zweifel die Gründung des „Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung“ im Sommer 2002. Gemeinsam mit rund vierzig Verbänden und Organisationen hat die Gesundheitsministerin dieses Forum ins Leben

gerufen. Inzwischen hat es über sechzig Mitglieder. Dazu zählen nicht nur relevante Institutionen und Verbände aus dem Gesundheitswesen, sondern es sitzen auch andere für die Prävention relevante Organisationen und Ressorts mit am Tisch.

Das ist in unserem Gesundheitswesen – ja, sogar in Europa – ein einmaliger Vorgang und trägt der Tatsache Rechnung, dass mittlerweile Prävention und Gesundheitsförderung über alle Parteigrenzen und Verbandsinteressen hinweg als gesamtgesellschaftliche Aufgaben gesehen werden. Im Forum sollen die vielen positiven Ansätze und zahlreichen Akteure in diesem Bereich gebündelt und dadurch wirkungsvoller gemacht werden. Es wird dabei auf dem Vorhandenen aufgebaut, bereits bestehende Kooperationen und Prozesse werden genutzt und weitere initiiert.

Darüber hinaus will das Forum in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Notwendigkeit und den individuellen Nutzen der Prävention wecken, zu gesundheitsgerechtem Verhalten motivieren und dafür die notwendigen Hilfestellungen geben. Um dies auch nach außen zu dokumentieren, wird gerade ein Kommunikationskonzept mit einem Logo entwickelt, unter dem zukünftig die beschriebenen Präventionsaktivitäten stehen werden.

Allen Aktivitäten zugrunde liegt ein Verständnis von Prävention und Gesundheitsförderung, das neben der Senkung von physischen und psychosozialen Gesundheitsbelastungen auch die Stärkung von Gesundheitsressourcen umfasst und besonderes Gewicht auf die Vermeidung und den Abbau sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen legt.

Aber es muss gelingen, insbesondere die ressort- und sektorübergreifende Zusammenarbeit auf allen Ebenen entscheidend zu verbessern und die jeweiligen Einzelinteressen dabei zurückzustellen. Nur dann besteht die Chance auf entscheidende Fortschritte in der Prävention und Gesundheitsförderung und damit auch bei der Verbesserung der Lebenssituation sozial Benachteiligter.